

Die FDP denkt wieder über Wahltarife nach

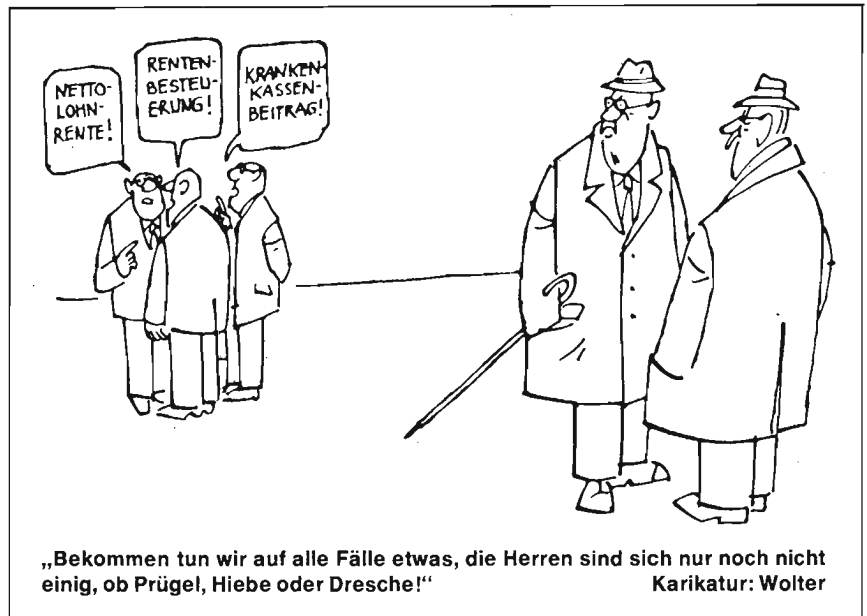
Die Freien Demokraten wollen im Mai eine Feldstudie zur Frage vorlegen, wieweit auch gesetzliche Krankenkassen ihren Versicherten Wahltarife mit Selbstbeteiligung an den Kosten der ambulanten Behandlung anbieten könnten.

Nach Meinung des Sozialexperten der FDP-Bundestagsfraktion Hansheinrich Schmidt (Kempten) würden Wahltarife zur Beitragssparnis führen und die Eigenverantwortung des Versicherten sowie die Kostentransparenz verbessern. Daneben will Schmidt auch den Vorschlag einer mäßigen Kostenbeteiligung des Patienten pro Krankenhaustag in Höhe der häuslichen Einsparungen weiterverfolgen.

Eine stärkere Nutzung von Wahlleistungen – Einzel- und Doppelbettzimmer sowie privatärztliche Behandlung – als zusätzliches Finanzierungsmittel für die Krankenhäuser lehnt er dagegen ab. Bereits jetzt, so der FDP-Politiker Schmidt, steuerten die Privatpatienten mit 30 Prozent unverhältnismäßig viel zur Finanzierung der Krankenhäuser bei, da sie nur 13 Prozent der Krankenhausbenutzer ausmachten.

Zur Stabilisierung des Systems der sozialen Sicherung sei es darüber hinaus nötig, unterschiedliche Wettbewerbsmöglichkeiten zwischen Ersatz- und anderen gesetzlichen Krankenkassen abzubauen.

Das sei auch ein geeignetes „Abwehrmittel“ gegen den „totalen Finanzausgleich“ zwischen Kassen mit unterschiedlich starken Risikogruppen wie Rentnern und höher verdienenden Angestellten. In diese Überlegungen will die FDP auch das Zusatz-Krankengeld einbeziehen, das die Ersatzkassen gegen geringen Beitragszuschlag zahlen. gi/DÄ



„Intensive Beratungen“ der Gesundheitsminister

Wie die Geschäftsführung der Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (GMK) mitteilt, haben sich die Minister auf ihrer 44. Sitzung in Berlin „sehr intensiv“ mit den Themen „Mehr Humanität im Gesundheitswesen“ und „Prävention“ befaßt. Beides seien ja zur Zeit „Schwerpunkte der gesundheitspolitischen Diskussion“.

Zum ersten Thema, heißt es in der Mitteilung, habe der derzeitige Vorsitzende der Konferenz, der nordrhein-westfälische Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Professor Friedhelm Farthmann, daran erinnert, daß mehr Humanität nicht nur im Krankenhaus und auch nicht nur im Gesundheitswesen gefordert werde. Man müsse bestehende Aktivitäten propagieren und verbessern sowie Ansätze für neue finden. Im übrigen werde die Arbeitsgruppe der Konferenz auf der nächsten Sitzung berichten.

Dem Thema „Prävention“ erging es offenbar nicht viel besser: die

Minister begrüßten alle einschlägigen Bemühungen, heißt es. Die Aufgaben könnten aber ihrer Ansicht nach nur in Zusammenarbeit und Arbeitsteilung aller Verantwortlichen durchgeführt werden; man sollte daher Gemeinsamkeiten aufgreifen und ausweiten, und hier habe auch der öffentliche Gesundheitsdienst wichtige Aufgaben.

Nach diesen „intensiven“ Beratungen diskutierte die Konferenz die ärztliche Versorgung nach Störfällen in Kernkraftwerken. Hierüber wird intern und mit den Innenministern weiter gesprochen. Ebenso sollen interne Gespräche und auch Gespräche mit der Bundesregierung zur Verbesserung der Krebsbekämpfung durch Tumorzentren stattfinden. Schließlich faßte die Konferenz eine Entschliebung mit Vorschlägen für eine bessere Transparenz des Lebensmittelrechts.

(Um diese Ergebnisse der Sitzung, die am 15. November 1979 in Berlin stattfand, zu verbreiten, informierte übrigens die Geschäftsführung die Fachzeitschriften des Gesundheitswesens – laut Verteiler 18 – mit Schreiben vom 24. Januar 1980). gb